

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 8. Juli 2014
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 17:35 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine
Hofschuster, Thomas
Keil, Max
Koch, Reinhold Dr.
Leone, Jean-Marie
Matthes, Sigrun Dr.
Ponn, Barbara
Pürkner, Erich
Schwarzmann, Michaela
Sengl, Manfred Dr.
Stricker, Hans-Georg
Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Lehner, Martin
Schmeiser, Beatrix

zu TOP 2

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Verkehrsuntersuchung für Puchheim hier: Kostenvoranschlag und weitere Vorgehensweise	2014/0030
TOP 3	Städtebaulicher Wettbewerb Stadtzentrentwicklung Puchheim hier: Auslobung	2014/0024
TOP 4	Bekanntgaben	
TOP 5	Verschiedenes	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:35 die Sitzung im Rathaus, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 25.03.2014 Einverständnis besteht, sich keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

Mit der Tagesordnung bestand Einverständnis.

TOP 2 Verkehrsuntersuchung für Puchheim hier: Kostenvoranschlag und weitere Vorgehensweise

Der Vorsitzende erinnerte zunächst an den im Dezember letzten Jahres gefassten einstimmigen Beschluss des Stadtrates, eine Verkehrsuntersuchung für Puchheim durchführen zu lassen. Die Überlegung dabei sei gewesen, nunmehr grundsätzlich an die Verkehrsproblematik heranzugehen. Die externe Untersuchung solle zeigen, wie man mit den verschiedenen verkehrlichen Schwierigkeiten und Zwangspunkten umgehen könne. Hierfür liege nun ein Kostenvoranschlag der Firma Dorsch Consult vor. Herr Rumpff (Projektleiter) werde die Herangehensweise und das Konzept für die angebotene Verkehrs- und Mobilitätsuntersuchung vorstellen. Bei der Verkehrsuntersuchung benötige man nach Ermittlung der tatsächlichen Verkehrssituation zunächst einmal eine vernünftige Analyse, wo die Schwachstellen liegen. Als nächster wichtiger Schritt für die Erstellung eines Konzeptes arbeite man als Ausgangssituation für das Kurz- und MittelfristszENARIO mit dem bestehenden Straßennetz, um zu sehen, ob bzw. wie man dieses optimieren könne. Weitere Maßnahmen würden sich dann im Langfristszenario finden. Wichtig sei insbesondere, das Augenmerk auf den gesamten Verkehrsmix einschließlich ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr zu richten. Ziel sei, dass der Verkehr und die Belastungen für die Anwohner wo möglich verringert sowie eine Umweltentlastung erreicht werden solle. In der Sitzung gehe es darum zu beraten, ob bzw. in welchem Umfang ein Auftrag erteilt werden solle und eine entsprechende Empfehlung an den Stadtrat abzugeben. Anschließend übergab er das Wort an Herrn Rumpff.

Herr Rumpff ging nach der kurzen Bürovorstellung zunächst auf vergleichbare Projekte und anschließend näher auf das vorgelegte Angebot zur Verkehrsuntersuchung ein. Er wies dabei darauf hin, dass das Angebot bei Bedarf noch angepasst werden könne und im Laufe eines solchen Projektes natürlich noch eine Feinabstimmung erfolge. Anschließend ging er näher auf die Bearbeitungsmethodik ein, die über die Grundlagenermittlung, Bestandsaufnahme, Verkehrsanalyse und Schwachstellenanalyse zu den Konzepten für das Kurz- und Mittelfrist- und das Langfristszenario führe. Dabei sei das Kurz- und MittelfristszENARIO für solche Maßnahmen gedacht, die man auch kurzfristig anbieten könne. Das Langfristszenario umfasse dann das Zukunftsmodell. Zu den vorgeschlagenen Zählstellen erläuterte er, dass hierbei zunächst an den Ein- und Ausfahrtsstraßen ein Erfassungsring mit Kennzeichenermittlung um Puchheim gezogen werde, um festzustellen, ob es sich um Ziel- und Quellverkehr oder um Durchgangsverkehr handle. Im Stadtgebiet selbst seien zudem verschiedene Knotenpunktzählungen vorgesehen, um die Verkehrsverteilung zu ermitteln. Wichtig für die Abwägung von Vor- oder Nachteilen einer Verkehrslösung sei das Verkehrsmodell, das aufzeige, wohin sich der Verkehr bei verschiedenen Maßnahmen verlagere. Im Rahmen der Schwachstellenanalyse erfolge eine weitere Abstimmung mit der Stadt. Die anschließende Verkehrsprognose bis 2030 zeige, wie sich der Verkehr in Puchheim entwickeln würde, wenn man nichts mache. Vor der Erstellung des Kurz- und Mittelfristszenarios sei es wichtig zu klären, welche Ziele für Puchheim eigentlich verfolgt werden sollen. Nur wenn man wisse, was das Konzept bewirken solle, können die richtigen Maßnahmen entwickelt werden. Mit dem Langfrist-

szenario werde zehn bis fünfzehn Jahre in die Zukunft geschaut. Nicht alle Maßnahmen seien sofort umsetzbar, da zum Beispiel zunächst ein Grunderwerb erforderlich sei. In dieses Szenario können auch schwierige Themen aufgenommen werden, um deren mögliche Auswirkungen aufzuzeigen.

Vor Eintritt in die Beratung wies der Vorsitzende noch auf die vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion hinsichtlich der Adenauerstraße und der CSU-Fraktion hinsichtlich einer weiteren Zählstelle sowie zur Untersuchung einer Unterführung zwischen Josef- und Lußstraße hin. Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Sachfragen beantwortet und die Thematik einer Verkehrsuntersuchung eingehend beraten.

StR Dr. Koch teilte seine Verwunderung mit, dass es bei der Verkehrsuntersuchung keine Ausschreibung gegeben habe. Da man in der Vergangenheit schon mit dem Ingenieurbüro Dorsch zusammengearbeitet habe, fehle ihm der Bezug zu den früheren Untersuchungen im Angebot. Bei der Beratung Ende letzten Jahres sei es ganz spezifisch um einzelne Probleme und gewünschte Geschwindigkeitsreduzierungen gegangen, was hier ebenfalls fehle. Bei den Bürgeranliegen gehe es um weniger Verkehr oder um langsameren Verkehr.

Der Vorsitzende wies hierzu darauf hin, dass es gemäß dem einstimmigen Stadtratsbeschluss der Auftrag an die Verwaltung gewesen sei, einen Kostenvoranschlag für eine Verkehrsuntersuchung einzuholen. Der Wunsch des Stadtrates sei es gewesen, dass man sich das gesamte Stadtgebiet anschau, da man ohne Gesamtkonzept nicht sinnvoll auf die verschiedenen Einzelprobleme reagieren könne.

StR Hofschuster führte aus, dass man zuletzt im alten Stadtrat darüber hinaus gewesen sei, immer nur an einzelnen Straßen etwas zu tun, um dann an anderen Stellen wieder vor Problemen zu stehen. Seine Fraktion begrüße die im Angebot enthaltenen Maßnahmen einschließlich der vorgeschlagenen Stufen. Es sei ein vernünftiger und richtiger Schritt, nicht nur Verkehrszählungen durchzuführen, sondern auch Konzepte entwickeln zu lassen. Die beantragte zusätzliche Knotenpunktzählung solle dazu dienen, den Schleichverkehr von und nach Gröbenzell über die Nordendstraße zu ermitteln. Seine Fraktion schlage vor, alle Stufen gleich komplett zu beauftragen, wobei der Planfall Unterführung Josef-/Lußstraße bereits in das Kurz- und Mittelfristscenario aufgenommen werden solle. Sie seien der Meinung, dass man damit durchaus positive Effekte erzielen könne. Bei negativen Auswirkungen müsse man frühzeitig sehen, wie man damit umgehen könne. Ihnen sei bewusst, dass diese Maßnahme wegen der Anziehung von überörtlichem Verkehr leicht angegriffen werden könne. Deshalb sei ebenfalls beantragt, dass die Unterführung so gestaltet und geplant werden solle, dass überörtlicher Verkehr verhindert werden solle. Die Unterführung sei bewusst nur für die innerörtliche Erschließung gedacht.

StR Dr. Sengl stellte fest, dass es bei einer Verkehrsuntersuchung insbesondere auf die Fragestellung ankomme. Für Maßnahmen, wie 40 km/h in der Lagerstraße, sei kein umfangreiches Verkehrskonzept erforderlich. Grundsätzlich unterstütze es seine Fraktion, dass nach 1987 wieder eine Verkehrserhebung durchgeführt und damit eine Basis für die weitere Diskussion geschaffen werde. Dies gelte ebenso für die Schwachstellenanalyse. Es müssten auch die Verkehrsbeziehungen des ÖPNV einschließlich der Fahrgastzahlen und der Fahrradverkehr berücksichtigt werden. Ein allgemeines Mittel- und Langfristszenario befürworte er nicht. Damit habe man nur wenige Variationsmöglichkeiten und könne nicht sehr viele Maßnahmen auf ihre Verkehrswirkung hin überprüfen. Eine Unterführung Josef-/Lußstraße würde aus seiner Sicht den Verkehr sehr umfänglich verlagern. Sein Vorschlag sei, die Problempunkte einzeln herauszuarbeiten und dann untersuchen zu lassen. Besonders wichtig seien dabei die Radverkehrsbeziehungen, um mehr Leute auf das Rad zu bringen. Auch Überlegungen zum Vorschlag eines City-Busses wären eine Zielrichtung. Bei den langfristigen Entwicklungen seien auch der S4-Ausbau, das Gewerbegebiet Eichenau und die Südwestumgehung Olching zu berücksichtigen. Er spreche sich nicht für eine Komplettvergabe, sondern dafür aus, genau zu definieren, was zu untersuchen sei.

StR Leone führte aus, dass seine Fraktion die Verkehrsuntersuchung grundsätzlich begrüßen würde und er hoffe, damit einen guten Schritt weiter zu kommen. Bisher habe man sich nur mit Einzelpunkten befasst, ohne einen Gesamtüberblick zu haben. Wichtig sei, dass die Maßnahmen aufgrund des Gut-

achtens umsetzbar seien, weshalb auch die rechtlichen Rahmenbedingungen beleuchtet werden müssten. Die Untersuchung einer Unterführung Josefstraße/Lußstraße sei seiner Ansicht nach im Langfristszenario ganz gut aufgehoben, auch wegen des zu berücksichtigenden Ausbaus der Bahnlinie und der nicht kurzfristigen Entwicklung des Rheinhold-&-Mahla-Geländes. Ebenso wie Herrn Dr. Sengl komme ihm der nicht motorisierte Individualverkehr im Angebot etwas zu kurz. Jeder Autoverkehr, der nicht stattfinde, sei ein Gewinn. Zum Antrag hinsichtlich der Adenauerstraße erklärte er den ersten Teil für erledigt, da hier im Rahmen der Untersuchung Zählungen stattfinden würden. Der zweite Teil werde aufrechterhalten, weil dort in den letzten Monaten größere Geschwindigkeiten gefahren würden, weswegen in nächster Zeit öfter gemessen werden solle.

Herr Lehner ging hierzu kurz auf die Ergebnisse der letzten Geschwindigkeitsmessungen ein. Dabei sei die festgestellte Verstoßquote bei Tempo 50 relativ gering gewesen und zuletzt zwischen 0,6 und 0,7 % gelegen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit habe zwischen 36 und 39 km/h betragen. Die Adenauerstraße sei vom Verkehrsgeschehen her nicht auffällig.

StRin Wiesner präzisierte, dass insbesondere die tagsüber stattfindenden Verstöße Anlass für diesen Antrag gegeben hätten. Der Vorsitzende erklärte daraufhin, dass in den nächsten Monaten in der Adenauerstraße verstärkt gemessen würde. Herr Lehner ergänzte, dass er dabei insbesondere die Schulwegzeiten überwachen lassen werde.

StR Pürkner vertrat ebenfalls die Meinung, dass für die Adenauerstraße etwas getan werden müsse. Dabei gehe es nicht um eine Geschwindigkeitsreduzierung, sondern darum, die Straße vom innerörtlichen Durchfahrtsverkehr zu entlasten. Dieses Ziel gelte u.a. auch für Teile der Lagerstraße und Lochhauser Straße. Hier gehe es um unnötigen innerörtlichen Verkehr, wie zum Beispiel Autofahrten von Nord nach Süd zum Grünen Markt. Aus diesem Grunde bitte er, dafür zu sorgen, dass mit dieser Verkehrsuntersuchung die möglichen positiven und negativen Auswirkungen einer Unterführung Josef-/Lußstraße untersucht werden. Um dies feststellen zu können, müsse man wissen, aus welchen Quellen der Verkehr komme bzw. zu welchen Zielen er führe. Die Frage sei daher, ob die Zählmethode diesen Verkehr erfassen könne.

Herr Rumpf erklärte hierauf, dass man die innerörtlichen Verkehre zum Teil über die Kennzeichenerfassung herausbekommen könne. Nähere Angaben hierzu erhalte man aber insbesondere über die Haushaltsbefragung.

Nach Meinung von StRin Eger solle die Unterführung nicht zum schnellen Durchfahren geeignet sein und auch keine Ausweichverkehre erzeugen.

StRin Dr. Matthes führte aus, dass es hier insgesamt um Mobilität, also sowohl den motorisierten wie auch den nicht motorisierten Individualverkehr, gehe. Es sei durchaus ein Vorteil von Puchheim, dass man mit dem Fahrrad teilweise deutlich schneller als mit dem Auto sei. Es sei wünschenswert, dass man mehr vom Auto auf das Fahrrad umsteige. In Puchheim sei man bereits an der Grenze, weil es so eng sei und sich der Verkehr daher ins Gehege komme. Die Verkehrswege für den nicht motorisierten Verkehr solle man bei der Untersuchung besonders im Auge haben und auch als Aufgabe an die Gutachter geben. Abschließend stellte sie Fragen hinsichtlich der Kosteneinsparung durch den Einsatz von Schülern bei der Zählung und der Befragung der Autofahrer als Alternative zur Haushaltsbefragung. Mit der Unterführung Josef-/Lußstraße seien Hoffnungen und Ängste verbunden. Die Frage sei, inwieweit man Möglichkeiten habe, darauf Einfluss zu nehmen.

Der Vorsitzende ging darauf ein, dass man die Zieldiskussion für die Verkehrsuntersuchung am Anfang führen solle. Diese werde daher auch Thema in der Klausur sein. Hier sei eine Abwägung zu treffen, z.B. welche Verkehrsmittel favorisiert würden. Solle beispielsweise ein verstärktes Augenmerk auf den Fahrradverkehr gerichtet werden?

Herr Rumpf ging anschließend näher auf die Zählmethodik ein. Der Erhebungsumfang sei so gewählt worden, dass detaillierte Daten ermittelt werden können. Man könne aber auch einzelne Knotenpunkte entfallen lassen oder gegen andere ersetzen. Zudem bestehe die Möglichkeit, die Zählzeiten von 2 x 4

Stunden auf 1 x 4 Stunden am Nachmittag zu reduzieren. Die Zieldefinition sei im Angebot nur sehr kurz gehalten, aber bei der Bearbeitung der weiteren Stufen der Verkehrsuntersuchung sehr wichtig. Wesentlich bei der Entwicklung von Maßnahmen und Konzepten sei zu klären, wie die tatsächlichen Ziele der Stadt, insbesondere auch in Bezug auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmer, seien. Abgestimmt auf die Zielrichtung kann dann das Konzept ausgearbeitet werden. Sollen beispielsweise bestimmte Straßenzüge für Radfahrer optimiert werden, könne dies Einschränkungen für andere Verkehrsteilnehmer bedeuten. Für die Erfassung des Binnenverkehrs sei die Haushaltsbefragung die beste Methode. Mit Befragungen an den Außenschnittstellen könne man den Durchgangsverkehr ermitteln.

StR Hofschuster hielt es ebenfalls für notwendig, dass man sich Gedanken mache, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Es sei aber ebenso wichtig, dass ein Außenstehender die gesamte Verkehrssituation untersuche, um dann die Möglichkeiten und Lösungen objektiv aufzeigen zu können. Dies sei dann die Entscheidungsgrundlage für künftige Maßnahmen. Genau aus diesem Grunde solle auch die Lager-/Lußstraßen-Unterführung als Planfall aufgenommen werden.

StR Leone sprach sich dafür aus, die Untersuchung der Unterführung im Langfristszenario zu belassen. Das Kurz- und Mittelfristszenario sei für ihn der Zeitraum für Maßnahmen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden können.

StR Hofschuster ergänzte seine Ausführungen dahingehend, dass man sich gerade aufgrund einer längeren Bauzeit für die Unterführung bereits jetzt Gedanken machen müsse, wie sich diese auswirke. Hier sei auch die Wechselwirkung mit den künftigen Baugebieten wichtig.

StRin Schwarzmann stellte für ihre Fraktion fest, dass die Verkehrsuntersuchung durchgeführt werden solle. Dabei sollten nicht einzelne Punkte untersucht, sondern die gesamte Untersuchung einschließlich der Haushaltsbefragung beschlossen werden.

StR Dr. Sengl teilte mit, dass sich der Eindruck aufdränge, dass die Unterführung Lager-/Lußstraße das größte Thema sei. Die Verkehrsuntersuchung müsse jedoch alle Bereiche umfassen, weshalb im Gesamtkonzept alle Aspekte zu betrachten seien. Erst wenn die wesentlichen Daten vorliegen, könnten auf dieser Grundlage die Punkte und Szenarien definiert werden, die ausgearbeitet werden sollen.

StR Dr. Koch erläuterte, dass er seinerzeit im Stadtrat für die Verkehrsuntersuchung gestimmt habe, weil man eine objektive Datengrundlage brauche. Er sehe sich aber nicht in der Lage, einer freihändigen Vergabe ohne Vergleichsangebote zuzustimmen. Zunächst seien die Pflichten vorzugeben und dann Angebote einzuholen. Ganz wesentlich sei zudem, welche Verkehrszellen gebildet würden. Hierzu erläuterte Herr Rumpff, dass die Zellstruktur so aufgebaut werde, dass man die Fragestellungen beantworten könne. Puchheim würde beispielsweise nicht schematisch in fünf Verkehrszellen aufgeteilt, sondern in so viele, wie benötigt würden.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der Beratung kurz zusammen. Anschließend stellte er, abgeleitet vom Diskussionsergebnis, verschiedene Beschlüsse zur Abstimmung. Zunächst gehe es um die Frage, ob dem Stadtrat eine Beauftragung aufgrund des vorliegenden Angebotes empfohlen werde oder ob zunächst eine Aufgabendefinition mit Erstellung eines Pflichtenheftes erfolgen solle.

Dem Stadtrat wird empfohlen, den Auftrag für die Verkehrsuntersuchung zu vergeben; auf die vorherige Erarbeitung eines Pflichtenheftes wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

Der Auftrag wird aufgrund des vorliegenden Angebotes an die BDC Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH erteilt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 4

Hinsichtlich des Umfangs der zu beauftragenden Verkehrsuntersuchung stellte der Vorsitzende zunächst den Antrag der CSU-Fraktion zur Abstimmung:

Der Auftrag für die Verkehrsuntersuchung ist in vollem Umfang zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 7

Da die Komplettbeauftragung keine Mehrheit gefunden hat, stellte der Vorsitzende anschließend entsprechend einem Antrag von StR Dr. Sengl eine stufenweise Beauftragung, und zwar zunächst die Verkehrserhebungen und die Stufe 1 (Schwachstellenanalyse Istzustand), zur Abstimmung:

Der Auftrag für die Verkehrsuntersuchung ist bis einschließlich der Stufe 1 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 4

Nachfolgend wurde über mögliche weitere Zählstellen beraten. Neben der bereits beantragten Zählstelle an der Nordendstraße wurde von StRin Schwarzmann eine Zählstelle beim Unterwirt in der Dorfstraße und von StR Leone eine Zählstelle am Ihleweg, jeweils zur Ermittlung des Schleichverkehrs, vorgeschlagen. Der Vorsitzende bat in diesem Zusammenhang darum, gewünschte weitere Zählstellen und eine Begründung hierzu rechtzeitig vor der Stadtratssitzung zu melden, um diese ggf. noch prüfen zu können. Eine zusätzliche Zählstelle sei mit Kosten von rd. 650 € verbunden.

Herr Lehner berichtete, dass die Zählstellen im Vorfeld mit dem Ingenieurbüro besprochen und an einigen Stellen auch bereits angepasst worden seien. Man könne sicher noch einige Knotenpunkte im Auge haben, aber aus Kostengründen habe man die Zählstellenanzahl etwas reduzieren wollen.

Auf Nachfrage von StRin Schwarzmann erklärte der Vorsitzende, dass er über die Option der Haushaltsbefragung in der Stadtratssitzung abstimmen lassen würde. Die Kosten hierfür würden bei ca. 12.000 € liegen. Zur Frage von StRin Ponn hinsichtlich der Einbindung der Schulen bei der Zählung stellte er fest, dass noch nicht klar sei, ob sich dies umsetzen lasse, weshalb diese Kosteneinsparung noch nicht berücksichtigt werden könne. Abschließend fasste er die Beschlussempfehlung des Ausschusses nochmals zusammen.

Beschlussvorschlag

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag für die Verkehrsuntersuchung im beschlossenen Umfang zu erteilen.

Abstimmungsergebnis 9 : 4

TOP 3 Städtebaulicher Wettbewerb Stadtzentrentwicklung Puchheim hier: Auslobung

Der Vorsitzende ging zunächst auf den „Fahrplan“ für den Wettbewerb und die weitere Entwicklung im Stadtzentrum ein. Mit der Durchführung des Wettbewerbes, für den noch einige Festlegungen zu treffen seien, komme man einen großen Schritt weiter.

StR Pürkner stellte fest, dass er der Durchführung des Wettbewerbes, so wie die Aufgabe in der Auslobung beschrieben sei, nicht zustimmen könne. Man könne das Zentrum nicht nur auf den Bereich südlich der Bahn beschränken. Die Bevölkerung sehe ein Ortszentrum, das zwei Teile habe. Diese Teilung

zu überbrücken, sei auch eine Aufgabe des Ideenwettbewerbs. Mit einbeziehen müsse man die Bereiche um die Ringpromenade, Josefstraße zusammen mit dem Marktplatz, Lußstraße, Obere Lagerstraße und selbstverständlich den wichtigen Bereich mit den Geschäften der Lochhauser Straße. Die Aufgabenstellung des Wettbewerbes müsse entsprechend erweitert werden. Man müsse sich frei machen von bisher schon gefassten Beschlüssen, und die letzte Gelegenheit ergreifen, die Voraussetzungen für einen großen Wurf zu schaffen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Überlegungen für das Stadtzentrum schon seit über zehn Jahren laufen würden. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Ideenwettbewerb 2004, der den Bereich vom PUC bis über das AEZ hinaus umfasst habe. Es habe sich herausgestellt, dass man den großen Wurf nicht verwirklichen konnte, weshalb man sich im Rat darauf geeinigt habe, dass man mit dem machbaren Bereich beginne. Ein langer Weg habe zu den nunmehr vorliegenden Eckdaten für den Wettbewerb geführt, und wenn man dies umsetzen könne, habe man bereits viel erreicht.

StR Hofschuster stellte fest, dass man den großen Wurf aus seiner Sicht aktuell nicht mehr diskutieren brauche. Dies gelte auch für die Alte Schule. Allerdings stehe in der Auslobung, dass diese zwingend zu erhalten sei. Mit dieser Formulierung tue sich seine Fraktion schwer. Es sei auch Konsens gewesen, dass, wenn wesentliche Gründe gegen einen Erhalt sprechen würden, diese nicht unter allen Umständen zu erhalten sei.

StR Dr. Sengl führte aus, dass es ein sehr intensiver Prozess gewesen sei, den Wettbewerb nun auf den Weg zu bringen. Auch die Bevölkerung warte darauf, dass endlich etwas passiere. Das zentrale Element einer Stadtmitteplanung seien die Aufenthaltsräume, die man hier schaffen könne.

StR Leone trug vor, dass die vorliegende Planung ein großes Projekt für eine Stadt wie Puchheim sei und deshalb aus seiner Sicht schon einen großen Wurf darstelle. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Bürgerwerkstatt, bei der man erfahren konnte, wie sich die Bürger ein Stadtzentrum vorstellen würden. Hier gebe es auch keine einheitliche Vorstellung, sondern eine Ansammlung von verschiedenen Meinungen. Man müsse auch bedenken, dass man bei einer Vergrößerung des Bereiches überwiegend fremdes Eigentum überplanen würde, was ja das Problem des Meister-Plans gewesen sei. Man müsse mit der Planung jetzt vorankommen, da u. a. der Bürgertreff marode sei und hier zwingend neu gebaut werden müsse. Außerdem stelle sich die Frage der Kosten, da man mit den Stadtzentrumplanungen und u. a. den Schulbauten am Gernerplatz an die Grenze der Leistungsfähigkeit komme.

StRin Schwarzmann zeigte sich von den Ausführungen von StR Pürkner überrascht, da ja gerade in dessen Amtszeit die Bahnunterführung mit Abhängung des Verkehrs errichtet worden sei. Sie sehe den Bereich des Wettbewerbs schon als Zentrum. So lange die Bahn dazwischen liege, werde sich dieses auch nicht auf beiden Seiten ausbreiten.

Auch StR Dr. Koch verwies auf den Meister-Plan, der der große Wurf gewesen wäre und auch den von StR Pürkner vorgeschlagenen Bereich weitgehend umfasst habe. Man habe aber notgedrungen davon zurücktreten müssen, da beispielsweise in der Lochhauser Straße keine Bereitschaft zur Umsetzung bestanden habe. Anschließend wies er darauf hin, dass dem Einzelhandel in der Auslobung nicht viel Raum gegeben worden sei. Die Problematik des Einzelhandels könne man beispielsweise an der Umwandlung von Einkaufsflächen zu Kinderkrippen erkennen. Der wenige noch vorhandene Einzelhandel im Zentrum müsse erhalten bzw. der Einzelhandel im Zentrum gefördert werden.

StR Pürkner wies darauf hin, dass der Gemeinderat 1987 nicht nur beschlossen habe, die Fuß- und Radfahrerunterführung zu bauen und die FFB 11 weiterzuführen, sondern gleichzeitig ein dreistufiges Verkehrskonzept auf den Weg gebracht habe, das auch die Unterführung Lager-/Lußstraße umfasst habe. Ergänzend führte er zur Finanzierung der Maßnahmen aus, dass man pro Jahr eine gewisse Geldsumme zur Seite legen könne, so dass man z. B. in zehn Jahren eine größere Investitionssumme zur Verfügung habe. Er ging an dieser Stelle nochmals auf die aus seiner Sicht erforderliche Unterführung Josef-/Lußstraße ein.

StRin Dr. Matthes teilte mit, dass sie den Entwurf der Auslobung ganz gut gelungen finde. Auf Seite 18 seien wichtige Wegebeziehungen im Plan dargestellt. Die Verbindung zur Planie sei auch wichtig, jedoch nicht so dargestellt. Mit Zustimmung des Ausschusses hielt der Vorsitzende hierzu fest, dass die „wichtige“ Beziehung zur Planie noch ergänzt werde. StRin Dr. Matthes erkundigte sich zudem, ob es weiterhin so sei, dass die Stellplätze zwingend oberirdisch untergebracht werden müssten, auch bei den heutigen Bodenpreisen. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass sich an der grundsätzlichen Problematik nichts geändert habe.

StR Dr. Koch stellte fest, dass er noch einige Vorschläge für die Anpassung von Formulierungen habe. Der Vorsitzende bat darum, diese direkt an die Verwaltung weiterzuleiten, damit diese, ebenso wie weitere Ausführungen zum Einzelhandel, wenn möglich bis zur Stadtratssitzung, eingearbeitet werden könnten.

Anschließend ging der Vorsitzende die noch offenen Festlegungen für die Auslobung im Einzelnen durch. Bei der Terminplanung wies der darauf hin, dass die Preisrichtervorbesprechung von 28.07. auf 30.07.2014 verlegt werden musste. Frau Schmeiser erläuterte, dass die Fachpreisrichter in Absprache mit der Regierung vorgeschlagen würden. Anschließend bat der Vorsitzende hinsichtlich der Festlegung der Sachpreisrichter um Meldungen. Folgende Sachpreisrichter wurden vorgeschlagen:

SPD Erster Bürgermeister Seidl
 CSU StR Hofschuster
 ubp StR Dr. Koch

StR Dr. Sengl und StRin Schwarzmann erklärten, dass die Vertreter ihrer Fraktionen zur Stadtratssitzung benannt würden. Auch die Stellvertreter der Sachpreisrichter von CSU, SPD und ubp werden in der Stadtratssitzung benannt. Bauamtsleiterin Schmeiser bat darum, dass sich die Sachpreisrichter und die potentiellen stellvertretenden Sachpreisrichter die Termine für die Preisrichtervorbesprechung, das Kolloquium und die entscheidende Preisgerichtssitzung vormerken.

Der Vorsitzende stellte als nächsten Punkt die zur Einladung vorgeschlagenen Architekten entsprechend einer Reihung von Dr. Dirtheuer zur Wahl:

1. Behnisch Architekten, München
2. deffner voitländer, Dachau
3. Morpho-logic, München
4. Marcus Rommel Architekten, Stuttgart
5. Schober, Architekten und Stadtplaner, München
6. seifert hugues architekten gmbh und mahl.gebhard.konzepte, ARGE, München
7. Plankreis, München
8. burian pfeiffer sandner, abp architekten, München
9. Adler & Olesch, München

Wenn kein abweichender Vorschlag eingebracht würde, schlage er vor, die Architekten Nrn. 1 bis 7 zur Teilnahme am Wettbewerb einzuladen. Mit dieser Vorgehensweise bestand ohne Gegenstimme Einverständnis.

Auf Frage von StRin Dr. Matthes erläuterte Bauamtsleiterin Schmeiser das Prozedere zur Auswahl der übrigen Wettbewerbsteilnehmer näher und gab ergänzende Erläuterungen zu den vorgeschlagenen Architekturbüros.

Im Anschluss an die eingehende Beratung stellte der Vorsitzende den abschließenden Beschlussvorschlag als Empfehlung an den Stadtrat zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, den städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerb für die Stadtzentrumsentwicklung auf der Grundlage des Auslobungsentwurfes vom 30.06.2014 und den ergänzenden Beschlüssen hierzu vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 4 Bekanntgaben

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Ampel am Laurenzerweg nach Mitteilung des Landratsamtes heute oder morgen in Betrieb gehen solle.

TOP 5 Verschiedenes

Aufgrund der verschiedenen Baumaßnahmen am Golfplatz fragte StR Dr. Sengl an, ob die Maßnahmen nur dazu dienen würden, dass sich dort kein Biotop entwickle. Der Vorsitzende berichtete, dass der Baubeginn zum 16.06.2014 angezeigt worden sei. Anschließend erläuterte er anhand des Planes den aktuellen ersten Bauabschnitt, der die Herstellung der Übungsanlage umfasse. Zudem wies er darauf hin, dass ein Tekturantrag angekündigt worden sei, da nach Angaben der Golfplatzbauherren abweichend vom Bebauungsplan weitere Materialanlieferungen erforderlich seien.

StR Dr. Koch erkundigte sich nach den Bauarbeiten im Parkplatzbereich des Gernerplatzes. Bauamtsleiterin Schmeiser wies darauf hin, dass hier der Weg aufgrund des schlechten Zustandes habe verbessert werden müssen. StR Stricker gab zu bedenken, dass die Zufahrt für die Baufahrzeuge über diesen neuen Weg geführt würde. Der Vorsitzende erläuterte, dass die Frage der Baustellenzufahrt durchaus mit diskutiert worden sei, die Entscheidung jedoch aufgrund des schlechten Wegezustandes zu Gunsten der Verbesserung ausgefallen sei.

StR Dr. Koch wies darauf hin, dass sich die Verkehrsbelastung in der Lagerstraße im Abschnitt zwischen Nordend- und Alpenstraße aufgrund des LKW-Verkehrs zum Volksfestplatz deutlich erhöht habe.

StR Leone informierte, dass die Stadträte seit Freitag keinen Pressespiegel mehr bekommen hätten.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses um 20:15 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Andrea Reichel